

Der Kohleausstieg treibt die Strompreise noch schneller in die Höhe

NAEB 2006 am 15. März 2020

Kohle- und Atomstrom ist deutlich preiswerter als Strom aus Wind-, Solar- und Biogasanlagen. Mit dem geplanten Abschalten der Kern- und Kohlekraftwerke und dem Ausbau der Wendestromanlagen werden die Strompreise zwangsläufig weiter kräftig steigen. Würden Stromkunden und Politiker auf die viel zu hohen Kosten hingewiesen, hätte die Energiewende ein schnelles Ende. Das wollen Ideologen und Profiteure der Wende auf jeden Fall vermeiden.



Steigende Strompreise: Den letzten beißen die Hunde [1]

Kaum überschaubare finanzielle Aufwendungen

Immerhin hat Kerstin Andreae (Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.), den Dachverband der kommunalen Energieversorger in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass der geplante Ausstieg aus der Kohleverstromung im Bereich der kommunalen Energieversorger erhebliche Kosten verursachen wird.

Die Steinkohlekraftwerke der Verbandsmitglieder seien weitgehend intakte und noch nicht abgeschriebene Anlagen, häufig mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Es seien effiziente Anlagen, deren Abwärme zum Heizen genutzt werde. Sie könnten daher erst abgeschaltet werden, wenn andere zuverlässige Heizungssysteme zur Verfügung ständen.

In jedem Fall wird es notwendig, die Eigentümer der Kraftwerke, die Kommunen, für das Stilllegen voll umfänglich zu entschädigen. Ohne Entschädigung würden die Kommunen in die Insolvenz getrieben. Zusätzlich müssten noch Gaskraftwerke mit einer Leistung von 17.000 Megawatt gebaut werden, die Strom erzeugen, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. Die benötigte Ersatzleistung entspricht der Leistung von 17 großen Kern- oder Kohlekraftwerken.

Auch diese Investitionen überfordern Stadtwerke. Sie verlangen vom Bund Investitionshilfen aus Steuergeldern. Auch weiterhin sollen und wollen sich die Kommunen am zusätzlichen Ausbau von Wendestromanlagen beteiligen, um deren Anteil an der Stromerzeugung zu erhöhen.

Keine Planung, keine Wirtschaftlichkeit, aber Planwirtschaft

Die meisten der laut Frau Andreae benötigten Gaskraftwerke sind noch nicht einmal geplant. Bis zur Fertigstellung wird ein Zeitraum von 10 Jahren geschätzt. Das heißt, die Kraftwerke der Stadtwerke können frühestens 2030 abgeschaltet werden, wenn bis dahin auch neue Fernheizsysteme installiert sind.

Angaben zur Wirtschaftlichkeit der geforderten Umstellung der Stromversorgung fehlen in der BDEW-Pressemitteilung. Auch eine Anfrage vom Stromverbraucherschutz NAEB, mit welchen Strompreiserhöhungen durch die Fortführung der Wende Maßnahmen zu rechnen sei, blieb unbeantwortet.

Es ist ganz offensichtlich Methode, die Kosten der Energiewende zu verschweigen. Es wird auf die Zukunft vertröstet. „Wenn wir erst die Umstellung auf regenerative Energien geschafft haben, dann fallen die Strompreise!“, hört man von den politischen und wirtschaftlichen Profiteuren immer wieder.

Die Wahrheit sieht anders aus. Es haben etliche Kommunen und Inseln versucht, autark nur mit regenerativem Strom zu leben. Die Medien haben das als Zukunftsmodell in die Welt posaunt. Auffällig still ist es dann aber geblieben, als die teuren Versuche erfolglos abgebrochen werden mussten.

Versuch einer Kalkulation

Da weder der BDEW noch die zuständigen Bundesministerien bereit oder in der Lage sind, Angaben zur künftigen Strompreisentwicklung zu machen – der Bundesrechnungshof attestiert der Bundesregierung, sie habe keinen Durchblick über die Wirkung der Subventionen für die Energiewende – wird nachfolgend versucht, die Kosten nach den bekannten Daten abzuschätzen:

Mindestens zehn Milliarden Euro wären an die BDEV-Mitgliedsunternehmen als Entschädigung für die Stilllegung intakter und wirtschaftlicher Kraftwerke zu zahlen. Eine Million Euro kostet nach einer Faustformel der Bau von Stromerzeugungsanlagen je Megawatt (MW) installierter Leistung.

17 Milliarden Euro müssen die Kommunen als Ersatz für ihre Kraftwerke allein für die notwendigen Gaskraftwerke aufbringen, denn es muss eine Leistung von 17.000 MW ersetzt werden. Die Gaskraftwerke sollen aber nur eingesetzt werden, wenn Wind und Sonne fehlt. Die Hauptstromerzeugung soll von neuen Wind- und Solaranlagen kommen. Die aber haben nur eine mittlere Jahresleistung von weniger als 20 Prozent der installierten Leistung.

In die vom Wetter abhängigen Wind- und Solaranlagen müsste mindestens dreimal mehr investiert werden als in die Gaskraftwerke, um damit einen nennenswerten „grünen“ Anteil an der Stromversorgung zu erreichen. Das sind 51.000 MW mit Kosten von 51 Milliarden Euro. Fast 80 Milliarden Euro brauchen die Stadtwerke allein als Ersatz für ihre Kohlekraftwerke. Das ist der doppelte Betrag, den die Bundesregierung als Entschädigung für das Abschalten aller Kohlekraftwerke und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze vorgesehen hat.

Steinkohlekraftwerke erzeugen Strom für 5 Cent je Kilowattstunde (Ct/kWh). Windstrom wird nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) mit 9 Ct/kWh vergütet. Der Transport bis zum nächsten Umspannwerk, versteckt in den Netzgebühren, dürfte nochmals 1 bis 2 Ct/kWh kosten.

Strom aus Gaskraftwerken kostet 7 bis 8 Ct/kWh, wenn er für die tägliche Stromversorgung genutzt wird. Die geplanten Anlagen sollen aber nur in Bereitschaft stehen und nur dann Strom erzeugen, wenn Sonne und Wind knapp sind. Damit steigt der Kilowattpreis, denn die Kapital- und Personalkosten bleiben gleich und müssen auf entsprechend geringe Strommengen umgelegt werden. Nach diesen Überlegungen steigen die Strompreise mit der weiteren Umsetzung der Energiewende um mindestens 5 Ct/kWh plus Mehrwertsteuer von 19 Prozent.

Unberücksichtigt sind die Kosten für den Export von überschüssigem Strom bei Starkwind und Sonnenschein. Allein im Monat Februar dieses Jahres mussten dafür rund 350 Millionen Euro aufgewendet werden. Mit jeder weiteren Ökostromanlage steigen die Kosten für erzeugten Strom, der keine Abnehmer findet, weiter.

Tarnen und Täuschen

Der wettergesteuerte Wind- und Solarstrom ist zweitklassig und von geringem Wert. Er wird aber von den Wendeprofituren als Strom der Zukunft gepriesen. Dies ist eine Täuschung (Englisch = Fake) der Stromkunden. Der Stromverbraucherschutz NAEB bezeichnet diesen Strom folgerichtig als Fakepower.

Der auf Veranlassung der Bundeskanzlerin in den einstweiligen Ruhestand versetzte langjährige Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, bezeichnet die Energiewende als eine viel zu große Aufgabe für die Bundesregierung. Sie versage bereits darin, vergleichsweise einfache Projekte wie den Berliner Flughafen oder die Rheinbrücke bei Leverkusen in einer angemessenen Zeit fertigzustellen. Mit der Energiewende sei sie hoffnungslos überfordert. Sie schaffe es nicht. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

Der Kohleausstieg der Groko: zu spät und viel zu teuer

www.youtube.com/watch?v=AkiYRhxHTE8

31. Januar 2020 | ZDF heute-show

Der Kohleausstieg bis 2038 ist beschlossen. Dabei dürfen Energiekonzerne ihre Braunkohle-Kraftwerke größtenteils so lange laufen lassen, wie es gerade noch geht – zu spät, ineffizient und viel zu teuer.

Klimarettung? Da wird Newton be-scheuert! - Die Anstalt

www.youtube.com/watch?v=gIek3bi9qvs

9. April 2019 | ZDF comedy

Auf der "MS Verdrängung" diskutieren Politik und Wissenschaft immer noch über die Möglichkeiten einer Energiewende. Wann wird der Kohleausstieg vollzogen? Wie sieht es mit erneuerbaren Energien aus? Kommen die Parteien dabei auf einen Nenner?

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

